

Abänderungsantrag

**der sozialdemokratischen Abgeordneten
zur Beilage 283/2016 (Bericht des Finanzausschusses betreffend den Voranschlag
des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2017 [einschließlich
Dienstpostenplan]),
Budgetgruppe 7 „Wirtschaftsförderung“,
betreffend sozialökonomische und gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen**

Der Oö. Landtag möge beschließen:

1. Der in der Voranschlagstelle 1/781405/7430/008 „Sozialökonomische und gemeinn. Beschäftigungsinitiativen, Beiträge an Firmen und jur. Personen“ im Teilabschnitt 1/78140 „Pakt für Arbeit und Qualifizierung für Oberösterreich“ veranschlagte Betrag von 1.525.000 Euro wird auf 3.534.300 Euro erhöht.
2. Der in der Voranschlagstelle 1/970018/7297 „Mittel für über- oder außerplanmäßige Ausgaben“ im Teilabschnitt 1/97001 „Mittel gemäß Art. III Z. 5“ veranschlagte Betrag wird dementsprechend um 2.009.300 Euro gekürzt.

Begründung

Sozialökonomische und gemeinnützige Betriebe unterstützen und beschäftigen besonders jene Menschen, die es am ersten Arbeitsmarkt schwer haben zu reüssieren. Dass gerade bei diesen Beschäftigungsinitiativen die Landesförderung im Vergleich zum Jahr 2014 um über 50 Prozent gekürzt werden soll, ist angesichts der hohen Zahl von 40.000 Arbeitssuchenden in Oberösterreich der falsche Schritt.

Durch diesen Abänderungsantrag soll die Landesförderung für sozialökonomische und gemeinnützige Beschäftigungsinitiativen wieder auf den Stand des Jahres 2014 angehoben werden.

Linz, am 13. Dezember 2016

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

**Makor, Binder, Peutlberger-Naderer, Krenn, Rippl, Promberger, Bauer, Müllner,
Schaller, Weichsler-Hauer**